

## Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 18.08.2022, 18:00 Uhr im Aula der Städtischen Realschule, Gillesweg 1, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

1. Vorstellung der neuen Seniorenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 2565/2022
2. Ergebnis der Befragung der Erziehungsberechtigten zur Schülerjahreskarte bzw. zum School & Fun-Ticket  
Vorlage: 2600/2022
3. Vorbereitung der Umsetzung des Schulentwicklungsplans  
Vorlage: 2601/2022
4. Künftige Durchführung des Aufnahmeverfahrens der weiterführenden städtischen Schulen  
Vorlage: 2602/2022
5. Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Geilenkirchen  
Vorlage: 2591/2022
6. Bericht über die aktuelle Situation im Gelobad  
Vorlage: 2603/2022
7. Anfragen

### **Anwesend waren:**

#### Vorsitzender

1. Hans-Jürgen Benden

#### Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Karola Brandt
4. Markus Diederer bis einschließlich TOP 4
5. Christoph Grundmann bis einschließlich TOP 4
6. Christina Hennen
7. Judith Jung-Deckers
8. Mario Karner
9. Bernhard Kozikowski
10. Peter Krückels bis einschließlich TOP 4

11. Pfarrerin Anne Lungová
12. Lars Speuser
13. Ruth Thelen
14. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

15. Uwe Böken
16. Ruth Bürgens
17. Melanie Candeago
18. Sebastian Stasch
19. Johanna Wagemann bis einschließlich TOP 1
20. Christel Wolter

Stellvertretendes Mitglied

21. Wilfried Kleinen Vertretung für Frau Pauline Kleinen
22. Gero Ronneberger Vertretung für Frau Melanie Savelsberg

Sachkundiger Einwohner

23. Heinz Pütz

Sachkundige/r Bürger/in

24. Sabine Bock
25. Toska Frohn
26. Elena Gerads
27. Frank Paulus
28. Norwin Sommerfeld

von der Verwaltung

29. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld
30. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
31. Anja Wallbaum
32. Hermann-Josef Lehnen

Protokollführerin

33. Irmtrud Penners

Ausschussvorsitzender Benden eröffnete um 18:01 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere die neue Seniorenbeauftragte Frau Wagemann und den Vertreter der Presse, Herrn Stüßer. Sodann stellte er die fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Einwendungen gegen die Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur vom 25.05.2022 wurden nicht erhoben.

**TOP 1      Vorstellung der neuen Seniorenbeauftragten der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 2565/2022**

Die neu bestellte Seniorenbeauftragte, Frau Johanna Wagemann, stellte sich ausführlich vor. Dazu schilderte sie kurz ihren beruflichen Werdegang und ihr übriges ehrenamtliches Engagement, das sie u. a. in der Frauengemeinschaft Immendorf und im VdK ausübe. Sodann skizzierte Frau Wagemann kurz die Ziele, die sie sich in ihrer Funktion als Seniorenbeauftragte vorgenommen habe. Angesichts der sich immer noch erhöhenden Energiepreise regte sie eine Initiative „Klingel-ins“ an. Gerade im Winter, in der kalten und dunklen Jahreszeit, drohten

alleinstehende Senioren zu vereinsamen. Hier gelte es, Ehrenamtliche zu gewinnen, die diese Menschen besuchen und ggf. unterstützen könnten. Weiter regte Frau Wagemann die Einrichtung von Fortbildungen für Interessierte an, z. B. „wie gehe ich mit demenzerkrankten Menschen um“. Sie beabsichtige auch eigene Sprechstunden im Rathaus oder im Bürgertreff einzurichten.

Herr Pütz gratulierte Frau Wagemann zu der Wahl zu dem wichtigen Amt der Seniorenbeauftragten, wünschte viel Glück und das notwendige Durchhaltevermögen. Frau Wagemann dankte Herrn Pütz dafür und kündigte an, künftig intensiv mit dem Behindertenbeauftragten zusammen arbeiten zu wollen, auch im VdK Geilenkirchen, dem beide angehören würden.

Nachdem keine Fragen an die Seniorenbeauftragte aus der Mitte des Ausschusses gerichtet wurden, dankte Herr Benden Frau Wagemann für die persönliche und gute Vorstellung. Die Türen des Bürgertreffs stünden ihr für die Abhaltung einer Sprechstunde immer offen.

**TOP 2 Ergebnis der Befragung der Erziehungsberechtigten zur Schülerjahreskarte bzw. zum School & Fun-Ticket  
Vorlage: 2600/2022**

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Das bisherige Modell der Schülerjahreskarte wird auch künftig für die städtischen Schulen beibehalten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Vorbereitung der Umsetzung des Schulentwicklungsplans  
Vorlage: 2601/2022**

I. Stadtbeigeordneter Brunen berichtete über die Vorbereitung der Umsetzung des Schulentwicklungsplans. Er kündigte an, dass künftig in jeder Ausschusssitzung ein entsprechender Bericht erfolgen solle. Im kommenden Herbst würden die notwendigen Maßnahmen kalkuliert, um sie in den Haushalt 2023 einstellen zu können. Für die KGS Würm sei folgender Bedarf festgestellt worden: zwei ganze Klassenräume, ein großer Speiseraum, ein Hausmeisterraum, zwei Lagerräume. Bezüglich des Vorschlags anlässlich der letzten Ausschusssitzung, die Schulspeisung in die benachbarte Bürgerhalle zu verlegen, hätte die Verwaltung gemeinsam mit den Maltesern und der Schulleitung eine Ortsbegehung vorgenommen. Die Malteser als auch die Schulleitung hätten sich dafür ausgesprochen, das bisherige Provisorium beizubehalten, bis der neue Speiseraum in der KGS, was schnellstmöglich erfolgen solle, hergestellt sei. Die Verlegung der Schulspeisung in die

Bürgerhalle betrachte man als zu aufwendig, da hierfür ein Pendeln zwischen Schule und Bürgerhalle erforderlich sei.

Herr Pütz wies darauf hin, dass der Umbau der Schule im Hinblick auf die Inklusion barrierefrei zu erfolgen habe. Herr Brunen bestätigte, dass diesbezüglich rechtzeitig Abstimmungen mit Herrn Pütz erfolgen würden.

Auf die entsprechende Frage des Ausschussvorsitzenden bestätigte Herr Brunen, dass das Lehrerzimmer künftig in ein derzeitiges Klassenzimmer verlegt würde.

**TOP 4      Künftige Durchführung des Aufnahmeverfahrens der weiterführenden städtischen Schulen**  
**Vorlage: 2602/2022**

Herr Stasch erläuterte seinen Antrag eingehend. Er plädierte nochmals dafür, künftig die Anmeldeverfahren gleichzeitig durchzuführen, da so mehr Anmeldungen von Schülern mit einer entsprechenden Empfehlung Zugang zur Realschule fänden. Für die Schulbildung solcher Schüler sei die Realschule letztendlich ausgelegt und das Kollegium dort ausgebildet. Weder Schüler noch Lehrer wollten, dass ihre Schule als „Restebecken“ genutzt und auch so bezeichnet würde. Daher sollte in den nächsten drei Jahren geprüft werden, ob das zeitlich gleichgeschaltete Anmeldeverfahren sich auch dann bewähren würde.

Herr Böken widersprach den Ausführungen seines Vorredners. Auch in diesem Jahr sei der Anmeldeüberhang an der ALG groß gewesen – auch ohne vorgezogenes Anmeldeverfahren. Die Anmeldeverfahren an beiden Schulen seien nicht parallel geschaltet gewesen. Hauptschuleempfehlungen würden immer weniger ausgesprochen. Dennoch hätten Schüler in Anzahl einer Klassengröße an der ALG abgewiesen werden müssen. Ansonsten hätte das Anmeldeverfahren an der Realschule nicht mit 76, sondern mit 42 Schulanmeldungen geendet. Derzeit sei noch ein Verwaltungsverfahren anhängig, weil ein Kind aus Teveren in der Willy-Brandt-Gesamtschule in Übach-Palenberg durch die Eltern angemeldet wurde. Somit fände nicht jedes Kind, das an der ALG abgewiesen werden musste, den Weg in die Realschule.

Herrn Speuser befremdete die Art und Weise der Diskussion, die die beiden Schulleiter austragen würden. Die anstehenden Fragen könnten und sollten im schulpolitischen Raum geklärt werden, jedoch nicht in der Öffentlichkeit, die dadurch verunsichert würde. Die CDU-Fraktion spreche sich für ein gleichberechtigtes Anmeldeverfahren aus.

Frau Brandt äußerte Verständnis für eine gewisse Konkurrenz der beiden Schulen und ihrer Leiter untereinander. Allerdings handele es sich hier um zwei städtische Schulen. Die Bürgerliste würde es begrüßen, wenn das parallele Verfahren beibehalten bliebe. Die Realschule sei einmal weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt gewesen. Sie habe gute Arbeit geleistet. Es sei daher nachvollziehbar, dass die Schule kein „Restebecken“ sein wolle. Beide Schulen hätten ihre Qualitäten und damit ihre Berechtigung. Allerdings dürfe es nicht sein, dass Geilenkirchener Kinder vor Ort keinen Schulplatz fänden und daher an eine Schule außerhalb der Stadt ausweichen müssten, um in der gewünschten Schulform eingeschult werden zu können.

Herr Weiler äußerte Verständnis für das Anliegen des Herrn Stasch, allerdings nicht für die Art und Weise, wie er es vorbringe. Die ALG sei einmal die beliebteste Gesamtschule im Kreis Heinsberg gewesen. Zahlreiche Schüler\*innen hätten abgewiesen werden müssen. Inzwischen

wären immer mehr Gesamtschulen im Kreis errichtet worden, sodass immer mehr Geilenkirchener Schüler\*innen Aufnahme in der ALG gefunden hätten, wodurch sich wiederum die Anmeldungen in der Realschule reduziert hätten. Dies hätte sich durch die Aufnahme von Hauptschülern an der Realschule wieder verändert. Seine Frage, ob Doppelanmeldungen an Schulen möglich wären, verneinte Herr Böken. Bei der Anmeldung sei die Schulempfehlung abzugeben. Für eine weitere Schulanmeldung stehe sie dann nicht mehr zur Verfügung.

Frau Thelen merkte an, dass die Darstellung von Herrn Weiler so nicht richtig sei. Der Rat habe seinerzeit nicht die Entscheidung getroffen, dass Geilenkirchener Hauptschüler\*innen Aufnahme an der Realschule finden sollten, um quasi die Realschule zu retten, sondern weil die Stadt Geilenkirchen einseitig den Vertrag mit der Kommune Gangelt, zur Beschulung der Geilenkirchener Hauptschüler\*innen gekündigt habe. Daraufhin sei in Gangelt der Beschluss zur Auflösung der Schule gefasst worden. Hauptschüler aus Geilenkirchen besuchten dann noch die Hauptschule in Übach-Palenberg, die kurz darauf ebenfalls auslaufend geschlossen wurde. Die nächstgelegene Hauptschule befand - und befindet sich - in Hückelhoven. Durch den Ratsbeschluss zur Beschulung in der Realschule, dem Paragraphen 132c habe man den Geilenkirchener Hauptschülern einen weiten Schulweg ersparen wollen. Frau Thelen erkundigte sich, worin für die ALG die Nachteile bestünden, wenn das gleichgeschaltete Verfahren beibehalten würde.

Herr Brunen äußerte Verständnis für die Konkurrenz der Schulen und der Schulleiter untereinander. Bis zu einem gewissen Grad sei das auch gesund für die Geilenkirchener Schullandschaft. Letztendlich habe man dadurch zwei gute Schulen in städtischer Trägerschaft. Der Antrag der Realschule beinhalte keine Rechtsfrage, es gebe hier kein Richtig oder Falsch. Allerdings müsse man ausloten, wo die Vor- und Nachteile für die jeweiligen Schulen lägen durch eine Veränderung des Verfahrens. Da an der ALG die Kapazitäten begrenzt seien, müssten nun einmal Kinder abgewiesen werden. Diese müssten auf andere Schulen ausweichen, auch auf auswärtige, wenn die Eltern unbedingt die Schulform Gesamtschule für ihr Kind wünschten.

Herr Bani-Shoraka kritisierte den mehrfach gefallenen Begriff „Restebecken“. Nicht nur, dass dadurch das Image der Realschule unnötig leide, man möge auch bedenken, was es mit Kinderseelen mache, wenn man solche Begriffe verwende. Ansonsten könne er dem Antrag des Herrn Stasch folgen. Es sei verständlich, wenn er das Image seiner Schule aufwerten wolle.

Herr Kleinen sah kein Problem darin, dem Antrag des Herrn Stasch zu folgen, zumal das gleichgeschaltete Verfahren zunächst für drei Jahre erprobt werden solle.

I. Beigeordneter Brunen erläuterte, dass das gleichzeitige Anmeldeverfahren die Regel sei.

Frau Jung-Deckers fragte an, welcher Nachteil der ALG durch ein gleichzeitiges Anmeldeverfahren entstehen würde. Herr Böken antwortete, das vorgezogene Anmeldeverfahren sei zum Schutz der Kinder eingerichtet worden. Da in der Vergangenheit mehr Kinder bei der ALG angemeldet wurden, als dort Aufnahme finden konnten, wurde das vorgezogene Anmeldeverfahren eingerichtet, damit die Eltern der abgewiesenen Kinder hiervon rechtzeitig erfahren und sich anderweitig nach einer geeigneten Schule für ihre Kinder umsehen konnten.

Herr Benden wies darauf hin, dass Geilenkirchen nun einmal keine Großstadt mit einer entsprechend großen Anzahl an Schulen verschiedener Schulformen sei. U. U. seien weite Schulwege in Kauf zu nehmen, um an eine Schule in der gewünschten Schulform zu gelangen.

In Großstädten mit einem hohen Überhang mache ein vorgezogenes Anmeldeverfahren vielleicht Sinn. In Geilenkirchen dagegen sollte es aus Gründen der Fairness ein zeitlich gleichgeschaltetes Anmeldeverfahren für alle Schulen geben. Herr Benden regte deshalb an, dass die Verwaltung Kontakt zur Schulleitung des St. Ursula Gymnasiums aufnehme und für ein zeitlich gleichgeschaltetes Anmeldeverfahren aller weiterführender Schulen in der Stadt werben möge.

Herr Grundmann äußerte Verständnis für den Antrag des Herrn Stasch. Das gemeinsame Anmeldeverfahren zunächst auf drei Jahre zu begrenzen, sei ein guter Vorschlag, dem er sich anschließen werde.

Auf die entsprechende Anfrage des Herr Weiler, antwortete Herr Brunen, eine Überhang entstehe immer dann, wenn die Aufnahmekapazitäten einer Schule erschöpft seien. Es käme immer auf die Prognose an. Sie müsse nicht zu 100 % stimmen, aber immer in die richtige Richtung weisen.

Ausschussvorsitzender Benden teilte seine Freude darüber mit, dass in Geilenkirchen zwei gute Schulen ansässig wären. Er plädierte für einen fairen Konkurrenzkampf der Schulen untereinander und dass im Vorfeld von Entscheidungen Gespräche untereinander geführt würden.

**Beschluss:**

Ab dem Schuljahr 2022/23 wird in den nächsten drei Jahren das Anmeldeverfahren an der städtischen Realschule und an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule zeitlich gleich gestaltet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	13
Nein:	4
Enthaltung:	2

**TOP 5      Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Geilenkirchen  
Vorlage: 2591/2022**

Frau Thelen richtete ihren Dank an die Verwaltung für die Vorbereitung des Tagesordnungspunktes und die Zurverfügungstellung der drei Satzungen.

Frau Lungova, Herr Kozikowski, Herr Stasch, Frau Bürsgens und Frau Candeago begrüßten die vorgeschlagene Vorgehensweise.

Frau Gerads wies darauf hin, dass Geilenkirchener Kinder würden u. a. auch zwei Förderschulen besuchen, die ebenfalls beteiligt werden sollten.

Frau Brandt fürchtete, dass mit dem geplanten Vorgehen Begehrlichkeiten geweckt würden. Für sie stelle sich die Frage, wie es auf die Kinder und Jugendlichen wirke, wenn nach der geplanten Konferenz der Rat die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes ablehnen würde.

Herr Lehnen erläuterte, es gebe verschiedene Wege Kinder und Jugendliche an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Über den Stadtjugendring habe man erfahren, dass sich die Jugendlichen zwar eine politische Beteiligung wünschen, jedoch die Übernahme von Aufgaben ablehnen würden. Ein Engagement in einem Kinder- und Jugendparlament komme für sie nicht infrage. In anderen Kommunen gehe man den Weg kleine Steuerungsgruppen zu bilden.

Herr Benden sprach sich dafür aus, ergebnisoffen mit den Kindern und Jugendlichen zu diskutieren.

Herr Speuser warnte davor, zunächst bei den Jugendlichen eine Erwartungshaltung zu schüren und sie anschließend zu enttäuschen. Besser wäre es, bereits im Vorfeld zu klären, was möglich ist und was nicht. Klassensprecher würden ausschließlich für ihre Klasse sprechen. In die Gespräche solle man den Stadtjugendring einbeziehen. Schließlich sei er das Sprachrohr der Jugend vor Ort. Es gebe auch andere Initiativen, junge Menschen in die Politik einzuführen, wie z. B. „Jugend trifft Politik“.

Herr Brunen teilte mit, dass man bei den drei vorgesehenen weiterführenden Schulen bereits auf rund 80 Klassen komme. Eine noch größere Beteiligung würde den Rahmen der Veranstaltung sprengen.

Herr Pütz befand es als sinnvoll, ein Kinder- und Jugendparlament zu gründen. Dabei sollten die in der Stadt beheimateten, behinderten Kinder und Jugendlichen unbedingt mit einbezogen werden. Dies sei wichtig für die Inklusion. Kinder und Jugendliche könne man nicht früh genug für diese Thematik sensibilisieren.

Herr Kleinen stimmte seinen Vorrednern Brandt, Speuser und vor allem Herrn Lehnen zu. Er sprach sich dafür aus, den Stadtjugendring einzubinden und das Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen über dieses Gremium zu suchen. Laut den vorliegenden Satzungen sollten die Wahlen zum Kinder- und Jugendparlament alle zwei bis drei Jahre durchgeführt werden. Wenn man bedenke, wie viel Aufwand für die Vorbereitung einer Wahl des Rates erforderlich sei, aber auch für eine Einladung zu einer Ausschusssitzung und deren Nachbereitung, werde deutlich, dass für die Einrichtung und Betreuung eines Kinder- und Jugendparlaments ebenfalls ein erheblicher Verwaltungsaufwand notwendig sein werde. Nachfragen in dieser Altersklasse hätten belegt, dass sich die Jugendlichen nicht verpflichten wollten. Das decke sich mit den Erfahrungen in der Kommunalpolitik. Es sei sehr schwierig junge Leute hierfür zu begeistern und mitzunehmen. Man könne schon viel gewinnen, wenn es gelingen würde, sie als Zuhörer in die Ausschusssitzungen zu holen. Die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments würde zur Abschaffung des Stadtjugendrings führen. Es sei zu befürchten, dass dies zur Enttäuschung der jungen Menschen führen könnte, die sich mit viel Engagement und Herzblut für dieses Gremium einsetzen würden.

Herr Bani-Shoraka richtete seinen Dank an die Verwaltung für die gute Vorbereitung. Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments führe zu mehr politischer Partizipation der Kinder und Jugendlichen. Davon würden auch Behinderte und Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf profitieren. Trotzdem solle man auf den Stadtjugendring zugehen und ihn in das anstehende Verfahren einbinden.

Frau Thelen vertrat die Ansicht, die Einbeziehung des Stadtjugendrings sei kein Ersatz für die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments. Nur über ein solches Gremium könnte die junge Generation an der Politik partizipieren.

Herr Weiler verwahrte sich dagegen, dass kritische Redner als Verhinderer abgetan würden. Es gebe auch gute Argumente, die gegen die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments sprechen würden. Auch diese müssten gehört werden.

Frau Lungova führte aus, junge Menschen wollten sich einbringen. Ein Kinder- und Jugendparlament könnte dafür ein weiterer Baustein sein neben dem Stadtjugendring. Geilenkirchen könnte so als lebenswerter Ort für junge Menschen erfahren werden.

Herr Kleinen sah keinen Sinn in der Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments, solange es auf dem üblichen Weg nicht gelinge, diese Altersklasse für Politik zu begeistern. Es sei sehr wichtig den Kontakt zur Jugend aufrecht zu halten. Allerdings dürfe man dabei den Kosten-/Nutzen-Faktor nicht außer Acht lassen.

Frau Brandt wehrte sich dagegen, dass in der Diskussion der Eindruck erweckt würde, wenn man dem Vorschlag nicht sofort zustimme, sei man gegen die Jugend. Das Gegenteil sei der Fall. Sie würde es sehr begrüßen, wenn beispielsweise im BSSK mehr junge Leute vertreten wären und so für ihre Belange eintreten würden. Dann müssten das nicht die „Alten“ machen. Was passiere, wenn der Rat die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments ablehne? Dann sei der politische Frust noch größer, trotz aller Vorbereitungen. Dann ginge das Interesse der jungen Generation vollends verloren. Es wäre besser den Weg in ein Kinder- und Jugendparlament über den Stadtjugendring zu gehen. Über den Stadtjugendring könne man die Zielgruppe fragen, was sie wolle. Wenn aus der Mitte der Jugend der Wille für ein Kinder- und Jugendparlament bekundet würde, werde sie zustimmen.

Herr Benden vertrat die Auffassung, dass solche Beschlüsse über den Fachausschuss getroffen werden müssen. Ansonsten bräuchte man keine Fachausschüsse. Die Ausschüsse seien ein Abbild des Rates.

Frau Thelen erinnerte daran, dass in der letzten Ausschusssitzung bereits der Beschluss gefasst wurde, die Verwaltung möge ein Konzept erstellen, für die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments. Der entsprechende Beschluss zur Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments sei also bereits gefasst worden.

Herr Speuser befand die Idee zur Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments grundsätzlich als gut. Man müsse aber auch bedenken, welcher Ressourcen es dazu bedürfe. Er erinnerte daran, dass der Stadtjugendring unter der Geschäftsführung des städtischen Jugendamtes bisher immer gute Arbeit im Sinne und zum Wohle der Jugendlichen geleistet habe. Dies beweise eindrucksvoll der Neubau der Skaterbahn.

Herr Bani-Shoraka meinte Schulen und Lehrer könnten die Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments begleiten, z. B. im schulischen Politikunterricht. Es müsse auch nicht zwanghaft ein organisatorischer Moloch entstehen, die Bildung kleiner Strukturen genüge auch.

Frau Hennen stimmte dem von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag zu. Es sei sinnvoll, Fachleute einzubinden und die Jugendlichen nach ihrem Interesse an einem solchen Gremium zu fragen. Bisher habe sich der Stadtjugendring als Ansprechpartner bewährt. Der Beschlussvorschlag solle daher dahingehend ergänzt werden, dass der Stadtjugendring an der gemeinsamen Konferenz beteiligt werde.

Herr Kleinen stellte die Frage in den Raum, warum in der Sitzungseinladung ein Beschlussvorschlag formuliert wurde, obwohl in der letzten Ausschusssitzung die Beschlussfassung bereits erfolgt war. Herr Brunen erläuterte hierzu, die Verwaltung sei beauftragt worden, ein Konzept zu erstellen. Dies habe die Verwaltung gemacht und drei



geeignete Satzungen unterbreitet. der Ausschuss berate und entscheide, ob die Verwaltung den vorgeschlagenen Weg weiterverfolgen solle. Herr Benden bestätigte dies und hielt fest, sollte die Verwaltung heute keine Zustimmung bekommen den vorgeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, würde natürlich der bereits gefasste Beschluss gelten und die Verwaltung müsste eigenständig , ohne die Jugendlichen ins Boot zu holen, ein Konzept erarbeiten.

Frau Jung-Deckers befand es als wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen befragt würden, ob sie überhaupt ein Kinder- und Jugendparlament wollten. Sie regte an, Schüler klassenweise als Zuhörer in den Ausschuss zu laden.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Schulleitungen der Schulen in städtischer Trägerschaft und des Bischöflichen Gymnasiums St. Ursula und unter Beteiligung des Zille und des Stadtjugendrings eine gemeinsame Konferenz mit Abordnungen aller Schulen zu organisieren, um die Vorschläge und Ideen der Schülerinnen und Schüler zu sammeln und zu bündeln. Hierzu erhält auch je ein Mitglied der Ratsfraktionen Gelegenheit zur Teilnahme. Die Ergebnisse dieser Konferenz sind dem Ausschuss anschließend vorzutragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	13
Nein:	1
Enthaltung:	2

#### **TOP 6 Bericht über die aktuelle Situation im Gelobad Vorlage: 2603/2022**

Frau Wallbaum berichtete, mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Februar 2020 sei der gewohnte Betrieb im Gelobad nicht mehr möglich gewesen. Zunächst musste die ganze Schließung des Bades erfolgen, später konnte es zumindest für das Schulschwimmen zeitweise geöffnet werden. Bis Anfang April des laufenden Jahres waren Auflagen wie die Begrenzung der Besucherzahl sowie Zugangskontrollen wegen der Sicherstellung der Rückverfolgbarkeit oder zuletzt die Kontrolle der 2 G/3G Nachweise einzuhalten. Die Kontrollen und die notwendigen, vermehrten Reinigungsarbeiten aufgrund der Hygienevorgaben, waren ursächlich für einen höheren Personalbedarf während des Badebetriebs. Zusätzlich waren nicht besetzte Stellen, krankheitsbedingte Ausfälle sowie Quarantäne- bzw. Isolationsanordnungen, die ihrerseits wieder zu personellen Engpässen führten, aufzufangen. Einschränkungen der Öffnungszeiten wurden unvermeidbar. Da auf die aktuellen Gegebenheiten kurzfristig reagiert werden musste, mussten die Änderungen der Öffnungszeiten ebenso kurzfristig erfolgen.

Der Fachkräftemangel mache sich mittlerweile auch in den Schwimmbädern bemerkbar. Seit Anfang Juli wäre die Stadt Geilenkirchen aber in der erfreulichen Lage, dass alle vakanten Stellen im Gelobad besetzt werden konnten. Auch für eine Langzeiterkrankung konnte eine befristete Krankheitsvertretung eingestellt werden. Da es zurzeit keine Auflagen für die Hallenbäder gebe und sich die Personalsituation entspannt habe, konnten die Öffnungszeiten

ausgeweitet werden. Zum 15.08.2022 wurden die Öffnungszeiten auf Normalbetrieb umgestellt und Aqua-Fitness-Kurse wieder angeboten.

Im Rahmen der Energieeinsparung sei kürzlich eine Absenkung der Wasser- und Raumtemperatur erfolgt.

## TOP 7      **Anfragen**

- a) I. Beigeordneter Brunen teilte mit, es sei überraschend gelungen, eine komm. Schulleitung für die Gemeinschaftsgrundschule in Gillrath zu bekommen. Herr Markus Johnen, der bereits Schulleiter in Kückhoven sei, werde diese übernehmen.
- b) Herr Brunen berichtete, dass in Kürze die städtischen Schulen mit digitalen Tafeln ausgestattet werden könnten. Die EDV in der Stadtverwaltung werde bezüglich der Installation das Gespräch mit den Schulleitungen führen.
- c) Der I. Stadtbeigeordnete berichtete, dass die Landesregierung derzeit ein Förderprogramm für die Beschaffung sog. CO2-Ampeln für die Schulen und die Kitas vorbereite.

Sitzung endet um:    20.30 Uhr

Ausschussvorsitzender Benden dankte den Anwesenden für die rege Teilnahme.

Er teilte mit, dass die nächste Ausschusssitzung am 17.11.2022 voraussichtlich in der Gemeinschaftsgrundschule Gillrath stattfinden werde.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez. Hans-Jürgen Benden

gez. Irmtrud Penners